



Mai 1921.
 Anzeiger.
 ige.
 und Be-
 Mittelung,
 ab Lantie
 aaf
 em Herrn ent-
 bliebenen.
 gs 5 Uhr.
 a. Mai 1921.
 ige!
 zeige.
 und Be-
 Mittelung, das
 erfolgte Mutter,
 sische Schwester.
 Renz
 am Schwestern, in
 ure früh 1/8 Uhr
 im Namen der
 hna Wilhelm
 ter:
 geb. Beckh
 1 Uhr.
 kauf.
 ni 1921 von vor-
 Stallungen im
 ein sehr großer
 hochträgiger
 innen
 ange

 angvieh
 Kauf und Tausch
 2510
 Löwengart.

 ge,
 2509
 Rten, Waldborj.
 wieder vorrätig bei
 B. J. L. B. Buchhlg.
 Regold.

Es wird an jedem Werk-
 tag...
 12.45
 nach Berlin...
 nach Berlin...

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Regold
 Nagolder Tagblatt
 Mittwoch den 1. Juni 1921

Vertriebsstelle: Zeilung 14
 Oberamtsbezirk. — An-
 zeigen sind höher von
 jedem Erfolg.
 für die...
 Telegramm-Adress:
 Gesellschafter Regold
 Postfachkonto:
 Stuttgart 5118.

Nr. 124

Wandlungen in Zentralasien.

Vor kurzem weilt in Berlin diplomatische Kreise aus
 einem Lande, das bisher in der Weltpolitik keine Rolle gespielt
 hat. Der Emir von Afghanistan hat eine außerordentliche
 Mission nach Europa entsandt, um mit den Staaten anderer
 Weltteile die folgenden Beziehungen anzuknüpfen. Man will
 politische und vor allem ökonomische Verbindungen
 einleiten. Die Gesandten, die durch Wien u. A. auf
 dem Kontinent angekommen waren, sind von Berlin nach Rom weiterge-
 reist. Sie werden dann Paris, schließlich auch noch andere euro-
 päische Hauptstädte besuchen, hierauf sich in Washington vor-
 stellen und über Tokio nach ihrer Heimat zurückkehren. London
 wird nicht besucht. Der Emir beabsichtigt, in die Staaten,
 mit denen er Verbindungen angeknüpft hat, später dauernde
 Vertreter zu entsenden. Sein Land soll ohne Vermittlung
 der Engländer, der bisherigen Abgeschlossenen und zurück-
 gebliebenen entfallen und auf eine höhere Stufe gehoben
 werden. Bereits ist der Mission eine zweite Abordnung ge-
 folgt, die sich erst in den letzten Tagen in Berlin aufstellt,
 und die besonders den wirtschaftlichen und industriellen Fort-
 schritt im Auge hat. Diese Mission ist interessant. Sie geben
 uns, die wir weltpolitisch abgesehen sind, einen Einblick
 in die Welt der sehr veränderten Staatenwelt Zentralasiens,
 und was dort vorgeht, ist nicht nur für jenen Teil der Erde
 von Bedeutung.

Der Weltkrieg hat, vom Osten aus gesehen, den politi-
 schen Zusammenbruch des Islams herbeigeführt. Das Kaiser-
 reich von Konstantinopel ist nur als ein Überrest fort, dem
 die Sieger, wenn sie wollten, ein völliges Ende machen
 könnten. Kappas ist die einzige Nation, wenigstens das Volk
 höher als je zuvor im seine Unabhängigkeit erlangt. Die
 neuen Staatsverfassungen in der arabischen Welt sind zu
 jung, um eine sichere Entwicklung vorzusagen lassen zu
 können, zudem werden sie von England und Frankreich ge-
 stützt. Persien kann sich aus seiner Ohnmacht noch immer
 nicht erheben. Eine Ausnahme gibt es: Afghanistan ist
 frei und könnte dadurch zur politischen Vormacht des ganzen
 Islams aufsteigen. Früher war das Land der Brücke zwisch-
 en Russland und dem anglo-indischen Reich und erobert
 sich nur, weil seiner feindlichen Nachbarn den Dissen
 dem andern gönnte. Nachdem das Jaream und die militä-
 rische Macht Russlands gefallen waren, hätte man vermuten
 sollen, daß der Afghanistan widerstandlos in die britische
 Sphäre gezogen würde. Aber gerade umgekehrt hat er sich
 vom anglo-indischen Einfluß befreit und sucht seine innere
 und äußere Entwicklung ganz von England unabhängig zu
 machen. Das verdanken die Afghanen im wesentlichen dem
 Felder, den die britische Politik 1919 bezogen hat. Dem
 eingeborenen Juge des Imperialismus folgend, wollte sie
 Afghanistan nach dem Ausschreiben des russischen Reiches
 unterwerfen, dem Emir wurde der Krieg erklärt und eine für
 ostasiatische Verhältnisse ungeheure Armee drach in sein Land
 ein. Der völlige Misserfolg dieses Feldzuges hat Afghanistan
 gerettet. Die anglo-indische Expedition wurde durch Drogen
 gestoppt, sie mußte zurückziehen und Großbritannien sah sich
 gezwungen, im August 1919 den Frieden zu Kamalpur zu
 schließen, der die neue Situation festlegte. Der Inhalt
 dieses Vertrages war zwar durch ein kurzes Reutersgramm
 in einigen wesentlichen Zügen bekannt geworden. Dabel war
 jedoch der Inhalt im vorgelegt worden, als ob es sich in der
 Hauptsache um eine Bestätigung des Emirs durch England
 gehandelt habe. Es wird daher angebracht sein, den Inhalt
 nach dem Wortlaut näher anzugeben. Artikel 1 erklärt den
 Friedenszustand. 3. Art. 2 hebt Großbritannien „in Abse-
 heit der Umstände, die zu dem Kriege geführt haben, die
 Vereinbarungen, die es selbst als unbedingte ansetzt, auf,
 welche es mit den früheren Emir von Afghanistan über
 die Einfluß von Waffen, Munition u. anderem Kriegsmateri-
 al getroffen hat.“ Dabir wird in Art. 3 die bisher gegülte
 Subvention abgelehnt, welche Afghanistan finanziell von
 England abhänig gemacht hatte; der Emir erhält keinen
 Gelder mehr. In Art. 4 versichert man sich der Absicht, die
 „alte Freundschaft“ und die gemeinsamen Interessen durch
 spätere Beratungen wieder aufzurichten. Art. 5 bestätigt
 die bisherige Grenze zwischen Indien und Afghanistan und
 steht im noch nicht vermessenen Teile des Grenzgebietes die
 Festlegung durch eine britische Kommission vor. Das ist der
 Inhalt des Vertrages von Kamalpur, der Afghanistan von
 der früheren Vormacht der indischen Regierung befreit hat.

Die obigen Absichten, die man heute in Kabul ver-
 folgt, werden außerdem durch eine Reihe anderer Umstände
 begünstigt. Der Sturz der türkischen Macht führte einen
 erheblichen Teil der politischen und militärischen Intelligenz
 des Osmanenreiches in den Dienst des Emirs. Die russische
 Sowjetregierung befreite bisher die afghanische Selbstän-
 digkeit noch Ärsiten. Endlich, und dies ist wohl das wich-
 tigste, ist in Indien selbst die Nationalbewegung mächtig
 erstarkt. Unter den türkischen Emigranten in Afghanistan
 spielt Djemal, der frühere Marineminister Djemal Pascha,
 eine Rolle. Zwischen Kemal Pascha in Angora und Djemal
 Pascha in Kabul scheint eine regelmäßige Verbindung zu
 bestehen, es werden noch mehr türkische Offiziere nach Afgha-
 nistan geschickt und auch andere wertvolle Sendungen er-
 reichen das Land. Man kann vor allem vermuten, daß es

die Absicht der afghanischen Regierung ist, sich in der Be-
 schaffung von Kriegsmaterial so bald als möglich vom Aus-
 land unabhängig zu machen. Dabel wird ihr die russische
 Unterstützung von großem Nutzen sein. Bei alledem dürften
 die Afghanen sich nicht blinlings den Russen anzuvertrauen,
 denn was sich aus der kommunistischen Republik nach ent-
 wickelt, ist nicht absehbar und die afghanischen Wälder sind
 durch die Bergengebiet befeht worden. Auch die Tärten
 in Angora scheinen sich trotz ihrer engen Verbindung mit
 Moskau einigen Schwierigkeiten gegen die letzten Wälder Russlands
 zu bewahren. Alle diese Ereignisse erheben aber ihre große
 politische Bedeutung erst auf dem Hintergrund der indischen
 Nationalbewegung, über deren Umfang man sich heute keinen
 Jenseits mehr hingehen kann. Wenn auch England noch
 lange Zeit imstande sein mag, mit seinen Machtmitteln die
 Herrschaft im Lande zu behaupten, so würde es ihm hoch
 schon heute sehr schwer werden, nochmals große Heeresmassen
 indischer Soldaten gegen einen mohammedanischen Staat in
 Bewegung zu setzen.

England hat im Frieden nicht bloß die völlige Freiheit
 Afghanistan anerkannt, sondern sein Vertreter befristete am
 gleichen Tage in einem besonderen Dokument noch ausdrück-
 lich, daß alle früheren Verträge aufgehoben und ungültig
 seien, daß das unabhängige afghanische Reich in seinen innere-
 n u. äußeren Angelegenheiten volle Freiheit und Selbst-
 bestimmung habe und daß im besonderen die Abmachung
 aufträte, in der sich der verstorbene Emir verpflichtet hatte,
 in den auswärtigen Beziehungen nach dem Rote Großbritan-
 niens zu verhalten. Die Entsendung der erdöhligen Mission
 nach Europa war der erste Schritt der neu gewonnenen diplo-
 matischen Souveränität. Wärdigt Afghanistan nun wie mit
 anderen europäischen Staaten auch mit Deutschland in regel-
 mäßige Beziehungen zu treten, so werden wir das willkom-
 men heißen. An der friedlichen, wirtschaftlichen und kulturellen
 Hebung der bisher durch die russische und englische
 Politik aberschlossenen Gebiete Zentralasiens darf dem deut-
 schen Volke der Anteil nicht verweigert werden. Dagegen
 können die Wärdiger Afghanistan für hochfliegende poli-
 tische Träume von Deutschland nicht ermaßen. Von dem
 Siegern im Weltkrieg werden wir mit immer höherem Nach-
 druck verlangen, daß die ungenutzten Vorräte Zentralasiens
 dem deutschen Wirtschaftsleben auf allen Weltmärkten fortlasse,
 natürlich auch im nördlichen und ferneren Orient. Z. P.

Der Maßstab für unsere Wirtschaftskraft.

W.W. Schon gegen das Pariser Protokoll vom 29. Jan.,
 welches bekanntlich eine 12%ige Ausfuhrabgabe vorsch, wurde
 mit Recht eingewandt, daß die Menge des deutschen Exportes
 kein richtiger Maßstab für unsere Wirtschaftskraft sei.
 Bei der 26%igen Ausfuhrabgabe, der wir am 11. Mai zu-
 schlossen haben, ist dies selbstverständlich noch in erhöhtem
 Maße der Fall. Bis zu einem gewissen Grade trifft sogar
 das Gegenteil zu. Ein starker Transport würde bedeuten,
 daß es uns nicht gelungen ist, unsere wirtschaftlichen Lebensbe-
 dürfnisse im eigenen Lande zu befriedigen, und daß wir durch
 Ausfuhr von Waren die Mengen an Rohstoffen, Nahrungs-
 mitteln und Fabrikaten zu bezahlen, die wir aus dem Aus-
 lande heranziehen müssen. Die Ausfuhrabgabe hat eine
 ganze Reihe schwerer Gefahren im Gefolge, die erst bei einem
 längeren und näheren Studium der Frage offenbar werden.
 Vor allem ist es der Gegensatz, welcher zwischen dem Expor-
 teur und dem Reiche entsteht. Der Exporteur gewinnt, das
 Reich verliert bei der Ausfuhr. Man wende hiergegen nicht
 ein, daß wir ja doch alle Zinsen und Tilgungsraten für die
 132 Milliarden Goldmark Gesamtverschuldung zahlen müssen und
 daß es ziemlich gleichgültig ist, ob wir jetzt oder später die
 Verträge aufbringen. Es ist im dringenden Interesse der
 deutschen Wirtschaft, daß wir zunächst nicht wesentlich über
 den Mindestsatz von 3 Goldmark pro Tonne hinausgehen,
 ehe nicht die große Amortisation unserer Wirtschaft und
 unserer Finanzen vollendet und praktisch wirksam geworden ist.

Der Maßstab für unsere Wirtschaftskraft muß aus der
 eigenen Warenzeugung gewonnen werden. Hierfür kommt
 in Betracht: Die Förderung wichtiger Bodenschätze (Kohle,
 Erze und Salz), die landwirtschaftliche Produktion und die
 industrielle Erzeugung auf einigen wichtigen Gebieten, wie
 in der Eisenindustrie, der chemischen Industrie usw. Es
 wird nicht leicht sein, aus diesen Produktionsdaten Ziffern
 zusammenzustellen, die eine Art Durchschnittswert bilden, und
 die wirklich das Schicksal unserer Wirtschaft erkennen lassen.
 Je eher aber mit den Vorbereitungen begonnen wird, desto
 eher werden wir in der Lage sein, der Reparationskommission
 — bzw. dem nach dem Londoner Ultimatum zu bildenden
 Garantien-Komitee — Jubelziffern vorzuschlagen, die auch von
 den Wirtschaftskennern unserer Wärdiger als geeignet er-
 kannt werden.

Seit Ausbruch des Weltkrieges wird in Deutschland vor-
 wiegend Verbandsarbeit getrieben. Zum Teil war dies
 dadurch bedingt, daß wir mit den vorhandenen knappen Vor-
 räthen haushalten mußten. Zum anderen Teil aber lagen
 volkswirtschaftliche Gründe vor; unsere Regierenden wollten
 die Massen bei Stimmung erhalten. Diese Politik mußte
 scheitern, als der Krieg sich von Jahr zu Jahr hingog. Auch

in der Nachkriegszeit haben die Leiter des neuen Deutschland
 die Wirtschaftspolitik auf Volksberuhigung eingestellt. Es
 ist höchste Zeit, daß mit dieser Praxis gebrochen wird. Die
 Wirtschaftspolitik darauf einzustellen, daß hohe Gewinne auf-
 geschlossen bleiben, ist verfehlt; dies ist eineinmal Aufgabe der
 Finanzpolitik. Auf der Suche nach der richtigen Induzier-
 kraft, müssen 2 Extreme vermieden werden: Wir dürfen nicht
 die Reime der beginnenden Reform dem Verderben ausliefern,
 andererseits aber nicht bei unseren Wärdigern den Ansehen
 erwecken, als erstrebten wir durch die vorgeschlagene Induzier-
 kraft eine arglistige Herabsetzung unserer Leistungen. Der
 Reichswirtschaftsrat ist die geeignete Stelle, dies Problem zu
 klären.

Der Kampf um den dritten Band Bismarcks.

Vor dem 10. Senat des Reichsgerichts fand, wie bereits
 kurz gemeldet, am Samstag die Verhandlung der
 Prozesse um den dritten Band der „Bismarck-Erinnerungen“,
 der von Kaiser Wilhelm II. gegen den Verlag Cotta geföhrt
 wird und der in der ersten Instanz, dem Reichsgericht Ber-
 lin I zugunsten des Kaisers entschieden wurde, statt. Nach
 der Aufhebung des Reichsgerichts Berlin I ist ein Schriftwert
 die erstlich zweckbewußte oder nur zweckmäßigere Aus-
 prägung eines geistigen Inhalts, und zwar insbesondere dann,
 wenn es sich erkennen läßt, daß sich der Verfasser bemüht,
 sein Wort mehr oder weniger anders zu sagen, als es ge-
 sprochen ist, obgleich ihm zahlreiche andere Ausdrucksformen
 zu Gebote stehen. So wurden namentlich die Briefe Wil-
 helms II. an Bismarck für Schriftwerke und zwar für politi-
 sche Bekenntnischriften erklärt.

Die Begründung der Entscheidung ist in dieser Erklärung ge-
 genüber auf den Standpunkt, daß eine solche Ausprägung
 jedem Schriftsteller eines beliebigen Mannes oder einem je-
 dem Intellektuellen zugesprochen werden könne.
 Vor Beginn der Verhandlung wird Senatpräsident Quast
 auf die Bedeutung des Rechtsstreits hin, der weit über die
 Grenzen Deutschlands mit Interesse verfolgt würde. Der
 Streit spie sich auf die Frage zu, ob der Kaiser ein Anrecht
 auf die Autorschaft an den im dritten Band niedergelegten
 Briefen habe. Als Vertreter des Verlages Cotta bekämpfte
 Gehlmar E. Fuchs die Stellungnahme der ersten Instanz,
 die dem Kaiser das Urheberrecht an den Briefen zugesprochen
 hat. Das Reichsgericht stellt sich im Gegensatz zum Vorber-
 richter auf den Standpunkt, daß es bei einem Briefe, der An-
 spruch auf literarische Bedeutung erhebt, nicht bloß auf das
 individuelle Gepräge ankomme, sondern, daß er einen indivi-
 duellen Geistesinhalt darstellen müsse. Damit ist also klar
 gesagt, daß ein Brief nur dann den Schutz des Urheberrechts
 in Anspruch nehmen kann, wenn er literarisch bedeutsam sei.

Justizrat Fuchs I trat als Vertreter des Kaisers den Auf-
 fassungen des Verrichters der Cotta'schen Sachhandlung ent-
 gegen. Das Interesse des deutschen Volkes an dem dritten
 Bande des Bismarck'schen Werkes sei kein Rechtsbegriff, mit
 dem man das Autorrecht des Kaisers beanspruchen könne, im
 übrigen sei damals zwischen dem Bismarck'schen Erben und
 dem Verlage Cotta ein Vertrag geschlossen worden, daß die
 Veröffentlichung des dritten Bandes bei Lebzeiten des Kaisers
 nicht vorgenommen werden dürfe, in der Erkenntnis, daß
 der Kaiser sich durch gewisse Stellen des Werkes und der
 Briefe verhalten fühlen könne. Als dann die Revolution kam,
 als es keinen deutschen Kaiser mehr gab, glaubte der Verlag
 Cotta, daß diese Bestimmung nicht mehr zu Recht bestände
 und wollte mit der Veröffentlichung beginnen. Selbst wenn
 man vor dem Autorrecht des Kaisers abhebe, müsse doch aus
 diesem angezogenen Vertrage ohne weiteres hervorgehen, daß
 der Verlag Cotta, solange der Kaiser lebt, zur Veröffentlichung
 des dritten Bandes nicht befugt ist.

Dierauf wurde die Verhandlung geschlossen. Das Urteil
 wird in einem späteren Termin bekanntgegeben werden.

Kleine politische Nachrichten.

Die Programm-Erklärung der Reichsregierung.
 Berlin, 1. Juni. Reichstanzler Dr. Birtz wird, wie
 angekündigt, heute im Reichstag die Regierungser-
 klärung abgeben u. das Programm des Kabinetts entwerfen.
 In großen Zügen wird er in seiner Rede auch das Wirt-
 schafts- und Finanzprogramm entwickeln und bekannt geben,
 durch welche Monopole und neuen Steuern jene großen Ein-
 nahmequellen erschlossen werden sollen, aus denen die finan-
 zielle Deckung der Reparationsleistungen erfolgen soll. Es
 geht, daß zwischen den Anschauungen und Vorschlägen des
 Reichswirtschaftsministeriums auf der einen und denen des
 Reichsfinanzministeriums auf der anderen Seite nicht uner-
 hebliche Differenzen noch bestehen, die ausgeglichen werden
 müssen. Die Entscheidung wird in den beiden Kabinetts-
 sungen fallen, die gestern und heute stattfinden und die
 ausschließlich der Reparationsfrage u. dem Finanzprogramm
 gewidmet sein sollen.

Kärmjenern im bayrischen Staatshaushaltsauschuss.
 München, 31. Mai. Im Staatshaushaltsauschuss sollte
 Ministerpräsident v. Rohr gestern die veränderte Erklärung

über die politische Lage und die Einwohnerfrage abgeben. Vorsitzender Abg. Siebel erklärte jedoch vor Eintritt in die Tagesordnung, der Ministerpräsident habe mitgeteilt, daß er heute noch nicht in der Lage sei, die versprochene Erklärung abzugeben. (Unruhe u. Gelächter links.) Er werde morgen früh zu der Angelegenheit Stellung nehmen. — Abg. Timm (Soz.) nannte dieses Verhalten einen eigentümlichen Vorgang. Heute wisse man in parlamentarischen Kreisen noch nicht, wie diese wichtige Angelegenheit Bayerns sich abspiele. Das sei ein geradezu unerhörter Vorgang. Es bleibe seiner Partei nichts anderes übrig, als dagegen entschieden zu protestieren. — Abg. Haug (D. Sp.) erklärte namens der Koalitionsparteien, daß diese es für nötig erachteten, in dieser schwerwiegenden Frage ein völlig klares Bild zu erhalten. Das werde morgen gegeben werden. Deshalb beantragte er, über die Frage heute zur Tagesordnung überzugehen. (Darauf entstand bei den Unabhängigen und Kommunisten großer Lärm. Es folgte Zwischenruf: Dann wird die Beschlüsse über Sie (zu den Bürgerlichen) zur Tagesordnung übergehen. Der kommunistische Abgeordnete Wendel schrie: Das ist ein Scherz! (sonderlicher! Ordnungsruf des Vorsitzenden.) — Schließlich wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien der Übergang zur Tagesordnung beschlossen.

Verhandlung im Senat.

Im französischen Senat hielt Briand eine Rede über die gegenwärtige Lage. Er rechtfertigte sein Verhalten in der Frage der Befreiung des Ruhrgebietes und gab unmissverständlich zu erkennen, daß Frankreich von Deutschland erwarte, daß es sich so benehme, wie ein besiegtes Volk dem Sieger gegenüber.

Aus dem Pariser Senat.

Paris, 31. Mai. Nach Angabe eines Abgeordneten hat Frankreich bis jetzt 60 Milliarden für Personen und Sachschäden, sowie für Sachschäden bezahlt. Für Personen sei noch ein Kapital von 40 Milliarden zu veranschlagen. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete würde 78 Milliarden kosten, was insgesamt 187 Milliarden ausmache. Frankreich erhalte nach dem Abkommen von London etwa 68 840 000 000 Goldmark, was nach der Berechnung von Sachverständigen nach dem heutigen Kursstand 151 Milliarden Franc ausmache. Da der Kurs sich aber bessere, würde der Wert der französischen Forderungen sich vermindern. Ein Senator behauptete, daß die 12 Milliarden, die Deutschland bis zum 1. Mai hätte zahlen sollen, in die Hauptschuld einbezogen worden seien.

Die Billon ist erreicht.

Paris, 30. Mai. Der stellvertretende Volkskommissar für Finanzwesen Schmitt erklärte, daß der Gesamtumfang der 1188 Milliarden Papiermark im Umlauf habe gegen 2 1/2 Milliarden vor dem Kriege.

Valuta.

Berlin, 31. Mai. Die deutsche Mark wurde gestern an der internationalen Börse mit 9,10 Centimes bezahlt, der Dollar kostete M 63,23, 100 Franken Schweiz galten M 1135.—, 100 Franken französisch M 519,45 u. 1 Pfd. Sterling M 244.—.

Zwangswise Hypotheken.

Nach der Meinung eines Berliner Blattes liegt dem Reichskabinett ein Vorschlag des Reichswirtschaftsministers vor, wonach zugunsten des Reparationsfonds 20% vom ländlichen und städtischen Grundbesitz, sowie der industriellen und kaufmännischen Unternehmungen enteignet, die dadurch gezwungen Hypotheken schrittweise aus Ausland veräußert werden sollen.

Deutsche Hilfe für die englischen Bergarbeiter.

Nach einer Meldung der „F. F.“ aus Gelsen, beschloß die 21. Generalversammlung des alten Bergarbeiterverbandes, der 467 Mitglieder umfaßt, den hart kämpfenden englischen Arbeitern, die sehr knapp unterstützt würden, 1 Million Mark aus der deutschen Verbandskasse und aus den Bezirkskassen für jedes Mitglied 3 Mark zu überweisen. Es seien Abmachungen getroffen, damit die Reparationskassen nicht nach England komme.

Postgewerkschaft.

München, 31. Mai. Die Vertreter des Bayerischen und Württembergischen Postverbandes und der deutschen Postgewerkschaft beschloßen in einer außerordentlichen Reichskonferenz in Brandenburg bei Rosenheim den Zusammenschluß der Personalgruppen 2 bis 6 und des nicht etatmäßigen Personals der Post und Telegraphenverwaltung zu einer einheitlichen Zentralorganisation für das gesamte Reichspostgebiet. Die neugeschaffene Organisation nennt sich Deutsche Postgewerkschaft. Sie hat München und ist dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Das Urteil im zweiten Kriegsverbrecherprozeß.

Das Urteil im Prozeß Müller ist vom Reichsgericht vorgestern gefällt worden. Der Angeklagte, Rechtsanwalt Müller, wurde wegen Gefangenennahmebehandlung bezw. Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.

Oberschlesien.

Die Ankunft der Engländer in Oberschlesien.

Nach einer Meldung der Württembergischen Zeitung ist gestern in Oppeln englische Kavallerie eingetroffen, die in der Umgegend Quartier bezog. Der Stab der englischen Division hofft, daß bis am Donnerstag die ganze Division in Oberschlesien eingetroffen ist. Neben den Oberbefehlshaber General Semeter sind zwei leitende Stellen bestimmt: der ehemalige Vizegouverneur von Ostpreußen und der kürzlich von den Polen drei Tage gefangen gehaltene Major Powell.

Nach die Kommunisten tun mit.

Berlin, 31. Mai. Die oberste kommunistische Partei erklärt einen Aufruf, der sich gegen die Insurgenten wendet. Der Aufruf erklärt, daß die kommunistische Partei aus Gründen der Verantwortlichkeit in die Selbstschutz-Organisationen eingetreten ist.

Wieder eine Sachverständigenkommission mehr.

Paris, 31. Mai. (Genoa.) In französischen Kreisen hat man die Zustimmung der englischen Regierung zu dem französischen Vorschlag über eine Sachverständigen- und Unter-

suchungskommission für die Grenzregulierung in Oberschlesien sehr günstig aufgenommen. Diese Kommission soll das Resultat der Abstimmung vom 20. März 1921 und die wirtschaftliche und geographische Lage der Ortschaften berücksichtigen. Man ist jedoch in Paris der Ansicht, daß eine vorhergehende Versammlung des Obersten Rates nicht erforderlich ist, um diese Kommission zu bestimmen, die leicht von den Rangleitern ernannt werden kann. Wahrscheinlich wird die französische Antwort, die erst heute abgeht, in diesem Sinne gehalten sein. Gleichzeitig wird die französische Regierung vorschlagen, dieser Sachverständigenkommission die Prüfung des italienischen Vorschlags über die Teilung von Oberschlesien zu überweisen.

Die Freude am Schießen.

Berlin. Der „Berliner Volksanzeiger“ meldet aus Danzig, daß von polnischen Grenzsoldaten auf Danziger Fischer, die in den Danziger Gewässern fischen, Schüsse abgefeuert worden sind. Die Fischer retteten ihr Leben nur dadurch, daß sie ihre Netze im Stiche ließen.

Aus Stadt und Bezirk.

Regold, 1. Juni 1921.

Sommerfahrplan. In dem heute in Kraft tretenden neuen Sommerfahrplan haben sich auch auf der Strecke Pforzheim—Eutingen—Gailingen—Blorghelm einige Veränderungen ergeben. So fährt der Frühzug Pforzheim—Eutingen in Regold nicht mehr 7.⁰⁰ sondern 7.¹⁵ ab, statt des Zugs 12.⁰⁰ geht ein solcher um 12.⁰⁰; der nächste Zug auf dieser Strecke fährt 3.⁰⁰ und der 6 Uhr Zug abends wird auf 5.⁰⁰ (Abfahrt) vorverlegt. Schließlich ändert sich der Abgang des Zugs 8.⁰⁰, indem derselbe nunmehr Werktag 8.⁰⁰ und Feiertag 8.¹⁵ fährt. Was die Strecke Eutingen—Blorghelm betrifft, so fährt der Frühzug in Regold ab 4.⁰⁰ (nicht wie früher 4.¹⁵). Außerdem wird ein Nachmittagszug eingeschaltet, der in Regold 2.⁰⁰ abgeht; der Zug 5.⁰⁰ geht nunmehr erst 6.⁰⁰ in Regold ab. Alle übrigen Züge wie früher. Am Fahrplan der Strecke Regold—Altensteig und Altensteig—Regold sind gleichfalls Veränderungen angebracht. Der Morgenzug 8.⁰⁰ (Regold ab), der früher nur Werktag ging, fährt nun auch Sonntags nur mit dem Interzettel, daß an diesen Tagen der Abgang in Regold erst 8.¹⁵ erfolgt. Der Zug 11.⁰⁰ wird auf 11.¹⁵ nachverlegt; für Feiertage ist ein Zug 4.¹⁵ (ab Regold) eingeschaltet. Der Abendzug 8.⁰⁰ fährt erst 8.¹⁵. Sonst verläuft wie früher. Der Zug Altensteig—Regold fährt statt 5.⁰⁰ in Altensteig schon 5.¹⁵ ab; vom 1. Oktober an wird jedoch der alte Plan wieder angenommen; statt des Zugs 9.⁰⁰ fährt ein solcher bis zum 15. Sept. um 9.⁰⁰ ab; der Abendzug 7.⁰⁰ wird auf 7.¹⁵ nachverlegt.

Monatskarten 4. Klasse. Um nach Möglichkeit die Auswirkungen der Tarifveränderungen auf den Boden- und Stadlungsverkehr abzumildern, d. h. für solche Reisende, die gezwungen sind, täglich oder öfters eine bestimmte Fahrstrecke zu benutzen, eine angemessene Berücksichtigung zu gewährleisten, werden neben den bisherigen Monatskarten 2. und 3. Klasse auch solche 4. Kl. eingeführt werden. Es werden somit auch viele Reisende die bisher Monatskarten 3. Klasse haben mußten, in der Lösung solcher Karten für die 4. Kl. einen nicht zu unterschätzenden geldlichen Vorteil finden. Wenn auch die Monatskarten von der am 1. Juni eintretenden Fahrpreiserhöhung nicht verschont bleiben können, so haben die neu eingeführten Monatskarten 4. Klasse gegenüber den Wochenkarten 4. Kl. den Vorzug größerer Billigkeit. Während z. B. der Preis für die 4 im Laufe des Monats zu vierzehn Wochenkarten 4. Kl. (4 mal 19 M.) gleich 76 M. beträgt, kostet eine Monatskarte 4. Kl. für die gleiche Entfernung und bei beliebiger Benutzungsmöglichkeit nur 55 M.

Wochenkarten. Die Einführung von Sonntagsfahrkarten zu ermäßigten Preisen ist neben dem Reichsverkehrsminister genehmigt worden. Sie werden vom 1. Juni ab ausgeben. Die Ermäßigung beträgt 33 und ein Drittel Prozent. Die Karten können von den Direktionen bis zu einer Entfernung von 60 Kilometer ausnahmsweise bis zu 75 Kilometer, ausgeben werden. Sie sind für bestimmte Verkehrsbeziehungen vorgesehen, die von den einzelnen Direktionen bestimmt werden. Die Karten sind also nicht etwa für alle betriebl. Strecken zu haben. Eine Reserve gegen die frühere Einrichtung bedeutet es, wenn die Fernbahndirektionen ferner ermächtigt werden die Sonntagsfahrkarten schon mit Geltung vom Samstag mittags an auszugeben. Es wird dadurch eine Art von Wochenkarten geschaffen, wie sie insbesondere in England üblich sind.

Zur ländlichen Wohlfahrtspflege. Die diesjährige Jahresversammlung des Vereins i. V. W. soll einen Beschluß des Ausschusses gemäß Ende Juni oder Anfang Juli in Rottendorf stattfinden. Vormittags ist eine Mitglieder-Versammlung vorgesehen, bei welcher der Jahresbericht und der Geschäftsbericht erstattet werden wird, nachmittags werden in öffentlicher Versammlung die beiden Vorsitzenden, Direktor Bäckerle und Oberamtmann Dr. Rump-Bohnung über Volksbildung und Wohlfahrtspflege sprechen.

Landw.-Inf.-Rgt. Nr. 119. Eine Zusammenkunft der ehemal. Angehörigen des Landw.-Inf.-Rgt. Nr. 119 findet am 5. Juni d. J. nachm. 1 1/2 Uhr in der Piederhalle in Stuttgart statt. Der Tag ist der Auffischung der Kameradschaft und der Erinnerung an die gemeinsam erlebten Kriegsjahre gewidmet. Wer von den ehemaligen Angehörigen aus irgend einem Grund keine Einladung erhält, möge seine Anmeldung zur Teilnahme sofort an Herrn G. Edelmann, Stuttgart-Goldburg, Talstraße Nr. 54 einleiten.

Der Juni. Der Juni, der im altdemischen Kalender den Namen Brachmonat führt, hat heute begonnen und schließt die erste Hälfte des Jahres ab. Er ist der düsteren und düsteren Monat des Jahres. Die weiße Nixe, das Sinnbild der Unschuld, die amnatliche Rose, der Blumenkönigin und viele andere schöne Kinder aus der Flora kehren dem Reiche öfters ihre Reiche dem Bilde der Sonne. Der Juni ist derjenige Monat, der, wenn er sonnig und trocken ist, den angenehmsten Aufenthalt im Freien bieten kann. In ihm sind die kalten Nöcke, die oft der Mai noch bringt, geschwunden. Er ist daher auch der eigentliche Sommermonat, der Monat, in dem der jugendfröhliche Frühling mit dem tatkräftigen Sommer um die Herrschaft kämpft. Der Landmann wünscht den Juni sonnig und trocken.

Württemberg.

Volksbildungstag. Bollmaringen, 30. Mai. Der gestrige Sonntag war auch für unsere Gemeinde ein Volksbildungstag und eine Vorlesung der Volkshochschule: Herr Studienrat Fischer von der Lateinschule forderte uns in 100 Lichtbildern einen Vortrag vor über die Berechnung des 51. Abendmahles, wie es im Alten Bund vorgebildet und im Neuen Bund erfüllt wurde und wie der fromme Sinn der Urkirche bei den Aposteln und in den Konzilien als auch die glaubensfeste Zeit des Mittelalters sie bezeugte. Es waren Bilder der bedeutendsten deutschen, französischen, englischen und spanischen Meister. Dazu kamen noch die Bilder unserer deutschen Dome wie auch die einladenden Gottesdienstlokale in den fernsten Erdteilen, welche durch ihre Eigenart auch ihrem religiösen Sinn innigen Ausdruck verliehen. Unser Ortsgeistlicher, Pfarrer Bild, sprach dem außerordentlichen Vortragenden sowohl in der Schülerverlesung als auch in der Erwachsenenversammlung den Dank über die geistige und seelische Befriedigung aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das letzte Lichtbild „Auf Wiedersehen!“ bald sich erfüllen möge. Bemerkenswert ist noch, daß in dem schönen Saal der hies. Schwesternanstalt, der leicht abgebaut werden kann, die Bilder um so besser wirken, zumal auch der elektrische Strom aus dem Elektrizitätswerk Regold und Apparat vollständig funktionierten.

Ernährungsfragen im Finanzausschuß.

Stuttgart, 31. Mai. Der Finanzausschuß behandelte in seiner heutigen Sitzung eine Reihe von Anfragen, die bei der letzten Sitzungsberatung an den Ausschuss zurückgeblieben waren. Sie betrafen durchwegs Ernährungsfragen. Zur Getreideversorgung verlangte ein Antrag des Bundesrats vollständige Freigabe der Getreidewirtschaft und des Getreideverkehrs. Ein Antrag des Senats ging dahin, unter der Voraussetzung, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide gesichert sei, die Aufhebung der Zwangsversorgung für Getreide bei der Reichsregierung zu beantragen. Wenn dies nicht möglich sei, so solle Vorlage getroffen werden, daß bei der Umlage die letzten Bandwirte nicht belastet und die übrigen nicht mehr als acht Zentner pro Hektar abzugeben haben. Der Ernährungsminister wies darauf hin, daß die Angelegenheit in die Zuständigkeit des Reiches gehöre, daß der Reichsrat bereits über die Getreidewirtschaft beraten habe und der Reichstag in aller nächster Zeit darüber beschließen zu lassen habe. Man müsse sich abwarten. Hierauf wurde die Beschlußfassung vertagt. Zur Fleischversorgung lag ein Antrag des Finanzausschusses von der Entlastung her, der dahin ging, die Regierung zu veranlassen, sie möge die Viehvermehrung und den Viehverkehr freigegeben unter Beibehaltung der Grenzsperrung. Der Bauernbund beantragte östlich freien Viehverkehr unter Aufhebung der Grenzsperrung, ebenso Aufhebung der Landesversorgungssperre. Der Senat wünschte in diesem Antrag, daß die Militärregierung in Verbindung mit Bayern die Aufhebung der bisherigen hemmenden Bestimmungen in die Wege leiten solle. Der Antrag des Bauernbundes und des Senats wurde abgelehnt und der des Finanzausschusses in seiner früheren Fassung wieder angenommen.

Vom Landtag.

Stuttgart, 31. Mai. Dem Landtag ist ein erster Antrag zum Staatsbankrottplan zugewandert, der für das laufende und letzte Geschäftsjahr 223 000 M. an Landesmitteln zur Ueberbrückung der Staatsschuldenlast von den Gemeindefiskus auf die Staatsbankrottplan zugewandert. Es sind in diesen Ausgaben inbegriffen 5 planmäßige Stellen bei der Staatsbankrottplan in Ulm und Stuttgart.

Preise für Milch und Milchergänze.

Stuttgart, 30. Mai. Von zentraler Seite wird darauf hingewiesen, daß in Württemberg nicht nur sämtliche landwirtschaftliche Organisationen, sondern auch die Molkereien und Käseereien und der Butter- und Käse-Großhandel ausdrücklich anerkannt haben, daß bei der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtlage die auf 1. Juni d. J. eintretende Forderung in der Milchbewirtschaftung nicht zu Preissteigerungen benutzt werden darf. Das gilt auch für Butter- und Käsepreise. Deshalb seien auch nach dem 1. Juni d. J. die gegenwärtigen Preise als Richtpreise. Die zuständigen Stellen sind angewiesen, bei Forderung und Gewährung höherer Preise für Milch und Milchergänze als der bisherigen auf Grund der Verordnung über Preisüberhöhung vom 8. Mai 1918 einzuschreiten. (In schweren Fällen Höchstpreis von 1 bis zu 15 Jahren und Geldstrafe von mindestens 20 000 M.)

Württ. Landesverein vom Roten Kreuz. Stuttgart, 31. Mai. Im Stadtparksaal fand gestern die Mitglieder-Versammlung des Landesvereins vom Roten Kreuz statt. Der hies. Vorsteher des Vereins, General v. Stöckel, erläuterte den Jahres- u. Rechenschaftsbericht für 1920/21. Daraus ist hervorgehoben: Der Verein hat 46 Sachschadensstellen mit 1800 aktiven und 2900 passiven Mitgliedern die Einrichtung des Kranken-Transport- und Rettungsdienstes in Stadt und Land hat sich durchaus bewährt. Beim weiblichen Krankenpflegepersonal soll sich der Wunsch des Pflegerinnenvereins vom Roten Kreuz in Stuttgart an den Landesverein, die Ausbildung von Haus- und Wirtschaftsschwestern in die Wege zu geleiten. Die Durchführung der wichtigsten Friedensaufgaben behandelte Stöckel v. Uffeln-Stuttgart, die Generalsekretärin der Roten Kreuz-Schwester in eingehenden Ausführungen, wozu dann eine Reihe von Entschuldigungen angenommen wurde. Mit der Aufforderung zur Werbung für das Rote Kreuz, das im Verhältnis zur Einwohnerzahl in Württemberg hinsichtlich der Zahl seiner Mitglieder gegenüber anderen deutschen Ländern zurückbleibt, schloß Pfarrer v. Seyer die Versammlung und mahnte zu reger Fröhenhaftigkeit.

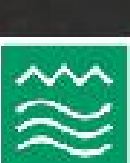
Die Feuerungsbewegung.

Stuttgart, 31. Mai. Die Preisstatistik des ersten Vierteljahres 1921 zeigt nach den amtlichen amtlichen Berichten der Stadt Stuttgart, daß einigten Preisen des freien Handels, wie Trümpfen, Reis, Erbsen, Bohnen, Feigen und Fenchel eine Senkung. Auch der Fleischpreis ist etwas herabgegangen. Bei Brot, Weizen, Butter, Zucker und Milch blieben die Höchstpreise unverändert, bei den Kohlenpreisen erfolgte eine kleine Senkung. Die Feuerungszahl, die den durchschnittlichen Konsum auswand einer 5köpfigen Familie für Lebensmittel, Wohnung, Heizung und Beleuchtung angibt, betrug im Dezember 1920 890,03 M. im Januar 888,94, im Februar 846,07 M. u. im März 817,10 M.

Ergebnis der Vorschlagsprüfung in Württemberg.

Stuttgart, 31. Mai. Von zentraler Seite wird mitgeteilt: Seit dem Inkrafttreten des Reichsrechtsprüfungsgesetzes lag dem Militär-Bundespolizeiamt, das vorher noch dem Militär-Vorschlagsprüfungsausschuß für alle in Württemberg vorgeführten Filme war, noch die Prüfung aller derjen-

gen von
Filme ob
die Reichs
im Reich
der Lieber
der Lieber
locher
dabei auf
den. In
der der o
schäfts-
werden, d
den jande
r Ten
31. Mai.
Fandbe
del von
folgende
die Ange
September
abgibt d
der Vorp
Buchhand
Lobes
mann in
leit an der
der Man
den würt
den Reich
r Vo
bekannte
Reife in
r Ter
part, 31.
sch. Ort
Stuttgar
mittlungs
Zuständig
r Die
mark fin
angefähr
r Vo
Stuttgar
herkunft
aus Ob
r Ne
Referat
der Gern
Feldherr
Freu
Fotograf
1500 Vier
Babel rou
Reyl nicht
nichtkonst
r Ne
Wanen d
hätten an
ihre Regl
der Begr
schweig
r Te
sicht das
der deutl
ab. Der
Reichswir
und Land
der Legiti
bannten
einen Vor
auf die P
Das Leg
Gambier
baumwool
und Vera
in letzter
nische Ein
ausbauen.
r St
Samstag
Walerm
Bettlign
für die P
Handwerk
freier und
geschaffen
dem Zey
grüßung
der Wäler
entschiede
Rund des
und der
Stilach.
schäftsber
Industrie
erhielte
40 M. er
Blasch
Obmann
dingungs
dingungs
Einbau z
Einbaufr
on die gr
in Berlin.
r Ze
Einstellung
neu errich
r Ba
Bretin mit
Samstag
befucht mo
r Wi
Der Stand
und Fiehl
ist ganz
werden la
gründe be
Württemberg
folgen 13



... 30. Mai. Der ... Gemeinde ein ... Volkshochschule: ...

Wirtschafts- und Handelsnachrichten

... 30. Mai. Der ... in ...

Wirtschafts- und Handelsnachrichten

... 30. Mai. Der ... in ...

Wirtschafts- und Handelsnachrichten

... 30. Mai. Der ... in ...

gen vor dem 29. Mai 1920 in den Verkehr genommenen Filme ob, die in Württemberg vorgeführt werden sollen, ohne die Reichslichtspielprüfung durchlaufen zu haben.

Terminungsanlagen im Groß- und Kleinhandel. Stuttgart, 31. Mai. Infolge Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband des Handwerks für Württemberg treten im Groß- und Kleinhandel von Stuttgart und Heilbronn mit Wirkung vom 1. Mai ab folgende Zuschläge zu den bisherigen Terminungsanlagen: für wöchentliche Angehörige 10% der Grundgehälter, für wöchentliche Angehörige 10% der Grundgehälter, für wöchentliche Angehörige 10% der Grundgehälter.

Todesfall. Stuttgart, 31. Mai. Professor Leonhard Hoffmann ist 76 Jahre alt gestorben. Er wurde durch seine Tätigkeit an der hiesigen früheren Tierarzneischule und seine Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche weltbekannt.

Von Südamerika zurück. Stuttgart, 31. Mai. Der bekannte Großhändler Dr. Robert Wolf ist von seiner Reise in Südamerika wohlbehalten wieder hier eingetroffen.

Tarifverhandlungen im Regierergewerbe beigelegt. Stuttgart, 31. Mai. In dem Streit des Zentralverbandes der Fleischer, Metzger und Fleischhändler mit der Freien Regierergewerkschaft Stuttgart haben die beiderseitigen Organisationen den Vermittlungsversuch des Oberbürgermeisters angenommen.

Die teuren Preiskämpfe. Stuttgart. Auf dem Wochenmarkt sind nun auch die ersten Preiskämpfe in größerer Menge ausgebrochen. Am Samstag kostete das Pfund 15 A.

Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst. Stuttgart, 31. Mai. Die Verfassung des Grundgesetzes enthält ein Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst, welches bis auf weiteres in Kraft.

Regimentszusammenkunft. Stuttgart, 30. Mai. Das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 120 feierte am Sonntag in der Garnisonskirche zusammen mit den Angehörigen des Feldartillerie-Regiments 27 eine Totengedenkstunde.

Trennungskampf. 31. Mai. Seine Dienstadt vorzeitig war geteilt Reichardt zum Herzog Friedrich befristet, als ein 1500 Lter Betrag in seinen Weinsteller haabgerollt wurde.

Regimentsfeier. Ludwigslburg, 30. Mai. Die gelben Mäntel des Infanterie-Regiments König Wilhelm I. Nr. 20 fielen am Sonntag hier unter Leitung des Regimentsführers ihre Regimentszusammenkunft. In mittleren Schloßhof fand der Begrüßungskampf, im Reitstallgarten nachmittags gefälliges Zusammenfeiern statt.

Legitimation. Reutlingen, 30. Mai. Dieser Tage hielt das Reichsministerium für wissenschaftliche Förderung der deutschen Textilindustrie im Rathausaal seine 3. Sitzung ab. Der Tagung unter dem Vorsitz von Reichsminister für Reichswirtschaftsminister wohnten die Vertreter der Reichs- und Landesregierungen und die führenden Persönlichkeiten der Textilindustrie an.

Glasernerzeugung. Albstadt u. L. 31. Mai. Am Samstag und Sonntag hielt der Landesverband der württ. Glasernerzeuger hier seinen 13. Verbandstag unter zahlreicher Beteiligung ab. Es befaßt die Arbeit, von welcher wegen für die Zukunft Zwangsmaßnahmen zu bilden, denen jeder Handwerker anzugehören hätte.

Wirtschafts- und Handelsnachrichten. Stuttgart, 31. Mai. Die ... in ...

Wirtschafts- und Handelsnachrichten. Stuttgart, 31. Mai. Die ... in ...

Wirtschafts- und Handelsnachrichten. Stuttgart, 31. Mai. Die ... in ...

Wirtschafts- und Handelsnachrichten. Stuttgart, 31. Mai. Die ... in ...

Wirtschafts- und Handelsnachrichten. Stuttgart, 31. Mai. Die ... in ...

Wirtschafts- und Handelsnachrichten. Stuttgart, 31. Mai. Die ... in ...

Wirtschafts- und Handelsnachrichten. Stuttgart, 31. Mai. Die ... in ...

ist, wie bei den jüngst vorgenommenen Impfungen festgestellt werden konnte, eine merkliche Zunahme des Viehstandes zu verzeichnen.

Vom Weinmarkt. Letzte Woche fand in Wülheim in Baden der erste Weinmarkt nach dem Kriege statt, der Dank ausgiebiger Befähigung von allen Seiten des badischen Oberlandes sehr gut besucht war. Die ausgestellten Weine wurden von Kennern erprobt und man hörte im allgemeinen nur günstige Urteile über die Güte der zum Verkauf gebotenen Weine.

Steuern bei Veräußerung von Grundstücken. Wer ein Grundstück erwirbt, hat die Grunderwerbsteuer zu bezahlen. Diese beträgt 4 Prozent des gemeinen Wertes des Grundstücks.

Während bei der Grunderwerbsteuer der Wert der Veräußerung in Abrechnung kommt, ist das bei der Grunderwerbsteuer nicht der Fall; nur der Marktwert des Grundstücks wird beachtet.

Familiennachrichten. Gestorben: Gg. Fr. Sömann, Führer u. Holzhauser, Ergraben. Kath. Rärner Wwe., Unterjessingen. G. Burghard, Bism. 77 J., Bismengel.

Legte Drahtnachrichten.

Wiedereröffnung des Reichstags. Berlin, 1. Juni. Nach der Pfingstpause begann gestern der Reichstag mit einer kurzen Ansprache des Präsidenten über seine Beratungen wieder.

Aufrechterhaltung der militärischen Zwangsmaßnahmen bis 1. August. Rotterdam, 31. Mai. Die „Morning Post“ meldet, daß England bereits vor der Konferenz in Brüssel dem französischen Vorschlag zugestimmt habe, die militärische Bewirtschaftung der alliierten Truppen für die Ruhrbesetzung bis 1. August aufrecht zu erhalten.

Die nächste Tagung des Obersten Rats. London, 1. Juni. Der letzte Vorschlag der englischen Regierung zielt auf eine Entlassung des Obersten Rats nach Brüssel hin.

Die Entlassung der bayerischen Einwohnerwehr. Berlin, 1. Juni. Bismarckmedien aus München zufolge, begehren die Bau- und Reichsanwaltschaft der bayer. Einwohnerwehr das Angebot der Regierung nach in der Entlassungsfrage als äußerste Grenze des Möglichen. Der Regierung Rahr wurde das Vertrauen ausgesprochen.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Mitteldeutschland.

Berlin, 1. Juni. Einer Zeitungscorrespondenz zufolge, ist der Belagerungszustand über die preussischen Gebiete Groß-Hamburgs aufgehoben worden; die Aufhebung des Belagerungszustandes über die mitteleuropäischen Judenstraßengebiete dürfte in kürzester Zeit erfolgen.

Der polnische Rückzug.

Berlin, 1. Juni. Nach Bismarckmedien aus Oppeln beginnen die Polen sich im Kreise Groß-Siretich zurückzuziehen. Sie verlassen planmäßig das geträumte Gebiet. Der Rest des von ihnen angegriffenen Schloßes Staudenort und die zu ihm gehörende Brennerei, sowie die Anstalten in Groß-Siretich wurden von ihnen gesprengt. Der Koseler Oberhofen ist nach zuverlässigen Nachrichten vollständig unterminiert und soll bei einem weiteren Rückzug der Polen gesprengt werden.

Eine neue engl. Note an Frankreich betr. Oberschlesien? Paris, 1. Juni. Es verlautet, daß die letzte englische Note über die ober-schlesische Lage in einem sehr energiegelassen Ton gehalten wurde.

Möglichkeit einer Regierungskrise, infolge der Volksabstimmung.

Wien, 1. Juni. Durch die Entscheidung des Steirischen Landtags über die Abstimmung betr. des Anschlusses, ist die politische Lage in Österreich sehr ernstlich bedroht. Die Verhandlungen der nächsten Tage muß sich ergeben, ob mit einem Rücktritt des Kabinetts Mayer zu rechnen ist.

Der Streik im Waldburger Bergwerksbezirk.

Berlin, 1. Juni. Wie die Bf. Ztg. aus Breslau meldet, sind in den Waldburger Bergwerken außer den freien Bergarbeitern auch die Christl. Sozialen in den Streik getreten. In verschiedenen Stätten herrscht Wassermangel, da die Schächte niedergebrannt sind.

Der Streik in Norwegen.

Christiania, 1. Juni. In den gestrigen Verhandlungen betreffend den Reichsministerienstakt einigte man sich dahin, den Streikverband zu ersuchen, baldmöglichst Verhandlungen mit dem Matrosen- und Fischerverbänden aufzunehmen. Die Verhandlungen dürften heute beginnen.

Gewaltsdiebstahl.

Wiesbaden, 31. Mai. In einer hiesigen Privatwohnung wurde ein Gemälde von Rubens im Wert von 200000 Mk. gestohlen. Als Diebe kommen einige junge Leute in Betracht, die sich als Heidelberger Studenten ausgaben.

Eindbruch in ein Danziger Bankhaus.

In einem Danziger Bankhaus drangen Einbrecher in den Kassenraum ein und raubten aus dem Geldschrank einen Betrag von 600000 A. darunter 4 Mill. polnische Mark. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Legte Kurz- und Meldungen.

Im Unterhaus erklärte Lloyd George, die Regierung beabsichtige nicht, ein Zwangsschiedsgericht zur Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks einzusetzen.

Wie aus Tokio gemeldet wird, haben bolschewistische Kampftruppen unter General Kappel Bladiostoff kampflos eingenommen. Die Japaner verbleiben sich neutral.

Reiter zufolge soll Belgien zur Teilnahme an der Brüsseler Konferenz des Obersten Rats eingeladen werden, wenn Fragen der Reparationen oder Zwangsmaßnahmen erörtert werden.

Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) zugegangen.

Paul „Vorwärts“ hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloffen, auf den ihr als 4. im Kabinett angebotenen Minister ohne Portfeuille zu verzichten. Da Dr. Wirth als Reichskanzler das Reichsfinanzministerium beibehält, ist die Regierungsbildung im Reich abgebrochen.

Der internationalen Landtag verliert gestern über die Frage der Aufschubabstimmung in Estland und beschloß mit den Stimmen der Großdeutschen, der Bauernverbände und der Christlichsozialen, daß die Abstimmung am 3. Juli stattfinden solle.

Über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen ist der Interall. Militärkontrollkommission zu Händen des Generals Klotz die geforderte Liste vor Ablauf der dafür gesetzten Frist vorgelegt worden. In der Liste sind die österreichische Grenzwehr, die bayerische Einwohnerwehr und die Organisation „Eichhorn“ bezeichnet.

Der französische General Mangin wird am Freitag seine Propagandareise nach Südamerika antreten. Er begibt sich zunächst nach Peru.

Der japanische Kronprinz ist gestern nachmittags von Le Havre kommend, in Paris eingetroffen.

Ein britisches Geschwader ist nach Japen, Smyrna und Konstantinopel abgegangen.

Der kommunistische Abgeordnete Volant Coururier hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in der die sofortige Demobilisierung der Jahrgangsklasse 1919 verlangt wird.

Der russische Gesandte hat amlich gegen die Anwesenheit britischer Offiziere bei den polnischen Truppen Einspruch erhoben, die in der Umgehung von Reichs Truppen vorzögen, sowie gegen die Reorganisation der Truppen durch diese Offiziere.

Der Vorstand der Berliner Börsen besloß in seiner gestrigen Sitzung, es beim Ausfallen des gesamten Börsenverkehrs an den Samstagen der Monate Juni, Juli und August zu bewenden zu lassen. Demgemäß findet im Juni, Juli und August Samstags auch kein Produktverkehr statt.

Das Verzeichnis der aufstehenden Selbstschutzorganisationen ist den Militärkontrollkommission überreicht worden. — Für heute wird eine Veröffentlichung der Reichsregierung über die Maßnahmen zur Entlassung und Auflösung der Einwohnerwehren angekündigt.

Wahrscheinliches Wetter am Donnerstag und Freitag.

Warm, aber gewitterhaft.



Ämtliche Bekanntmachung.
In der Gemeinde Hirschweiler O.A. Freudenstadt ist die Maul- und Klauenseuche ausgedrungen. 2515
Nagold, den 30. Mai 1921. Oberamt:
J. B. Oberf. Bollmet.

Bekanntmachung.
Nachdem nunmehr die einseitigen Steuerbeiträge für das Reichsnotopfer den Steuerpflichtigen von den Gemeinden Ebbwien, Hiltzingen, Mohrdorf, Schöndorff, Sulz u. Wildberg zugestellt sind, wird hiermit bekannt gemacht, daß die Frist zur Erhebung des Einspruchs gegen diesen einseitigen Bescheid 1 Monat beträgt und am 4. Juni 1921 beginnt. Im Uebrigen wird auf die dem Steuerbescheid beigelegte Belehrung hingewiesen.
Nagold, den 1. Juni 1921.
2520 Finanzamt: J. B. R. H. Müller.

Grasertrag.
Am nächsten Freitag, den 3. Juni, abends 7 Uhr verpachten wir den heutigen

Grasertrag
beim Bezirkskrankenhause.
2496 Bezirkskrankenhausevermittlung.

Wir halten am nächsten Donnerstag den 2. ds. Mts. in Nagold im Hotel z. „Post“, Zimmer Nr. 10 von 11—3 Uhr Sprechstunde ab.
Bank-Commandite Horb,
Carl Weil & Cie.
Telefon Nr. 78 und 139.
2516

Original-Lithographie
Kirchhof bei Nagold
Bildgröße 34 : 47 cm
Preis M. 7.20
Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Milchzentrifugen u. Butterfässer
kaufen Sie am besten und billigsten (Stets großes Lager vorrätig Reparaturen werden (speziell) erledigt) bei
Johs. Werner. Fernruf No. 111.
Nagold. 2502

Bringe am Donnerstag (Markttag) einen Transport
Oberländer Milch- u. Läufer-Schweine
in meinem Stall zum Verkauf.
Christian Kienle, Schweinehandlung.

Alle Bücher Musikalien, Lehrmittel usw.
Liefert
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. Nagold.
Agentur der Württ. Notenbank Stuttgart.
Fernspr. Nr. 26 Postcheckkonto Stuttgart Nr. 402
Ulro-Kont.: Reichsbankhauptstelle Stuttgart
Württ. Notenbank Agentur Nagold.
Unser nächster Kassentag in Wildberg:
am Donnerstag 2. Juni 1921 vormittags 11 bis 12 Uhr, nachm. 2 bis 5 Uhr im Gasth. zum „Ochsen“.

Ämtlicher Taschensfahrplan
für Württemberg, Hohenzollern u. wichtigste Anschluß-
strecken in Baden, Bayern und Vorarlberg.
Mit Berücksichtigung der Kraftwagenlinien u. Straßenbahnen.
Sommerdienst 1921.
Zu N. 4. — vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Wir suchen
für die Heizungs- und Reinigungsarbeiten in unserem Gebäude eine zuverlässige
Frau
und bitten um Angebote.
Den 28. Mai 1921.
Oberamtsparkhof:
Hiltzingen.

Tüchtige Maler
zum sofortigen Eintritt
gesucht.
Hermann Jäger
2511 Malermeister
Nagold.

Zwei Arbeiter
für sofort gesucht von
J. Weidbrecht
Kaufmann Geschäft.
Emmingen.
2475

Feinstes Rokosfett,
per Pfd. M. 10.—
2500 zu haben bei
Berg & Schmid.

Erbes Violoncella
mit Klaviern, Klappen
Horn
Aus jüdischen Altgen
C. Erbes
Fäbriken.
1027

Verloren
ging am Samstag abend von dem Gasth. z. Franke bis zur hinteren Straße ein schwarzes, gekürzeltes
Handtäschchen
mit Inhalt. Bitte abzugeben gegen Belohnung bei
Christian Walz,
Wöbelschneiderei.
Nagold. 2518

Preiswertes Angebot!
Unterzeichnete verkaufen:
**1 Futterschneid-
maschine** Kraftbetrieb,
1 Güllepumpe,
2 Drechselmaschinen
mit und ohne Reinigung,
alles neu und erstklassiges
Fabrikat.
Gebr. Breuning
moch. Werkstätte.

Alle Musik-Instrumente, für Haus und Orchester, von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl
Musikhaus Gurth, Pforzheim
Leopoldstr. 17
Arkaten Kleinsiedl, Roßbrück.
Reparaturen und Stimmen in eigener Werkstatt.
Brennessel-Haarwasser
mit den 3 Brennesseln.
091 Zu haben bei:
Feilergeschäft, Böckle, Nagold.

Zur Klarstellung!

Es war Ihnen bisher unerklärlich, warum Ihre Schuhe, zumal bei Regenwetter, eine schmutzige Farbe annehmen. Woher kommt das? Weil Sie bisher zum Putzen Wasser-Creme nahmen, die sich im Regenwasser auflöst, von den Schuhen abfließt und graue Oberfläche hinterläßt. Verwenden Sie aber eine Schuhcreme, die aus reinem Terpentinöl hergestellt und so fett ist, daß sie kein Regenwasser annimmt, so haben Sie die Garantie, daß Ihre Schuhe stets tief-schwarz sind und einen dauernden Hochglanz behalten. Verlangen Sie deshalb nur **Dr. Seltersers Schuhputz Nigra.** 2155

„Apfelina“
bester Apfelsinensaft für 150 Liter
ist noch leichter zu erhalten in der
Löwendrogerie Gebr. Benz, Nagold. Telefon 122.
Efringen. 2299

Für Brautleute empfehle:
la. Wollmatten und Sophas
zu ermäßigten Preisen, sowie sämtliche in mein Fach einschlagende Artikel.
Gotthilf Betisch
Sattler- und Tapeziermeister.

Schul-Anzüge
aus dunklem Zwirnstoff, hochgeschlossen
zu 65.— Mk.
2534
Fabrikniederlage H. Kratzmüller, Pforzheim
Leopoldstrasse 7 a.

Lehr- und Miet-Verträge
Mietzins-Büchlein
Schuld-Scheine
sind vorrätig in der
G. W. Zaiserschen Buchdruckerei Nagold.

Bieh-Verkauf.
Morgen Donnerstag, den 2. Juni, von morgens 7 Uhr an haben wir wieder einen großen
frischen Transport
schöne, hochtrachtige
Kalbinnen
im
„Schwarzen Adler“
in Nagold zum Verkauf stehen, wozu wir Kauf- und Tauschliebhaber
freundl. einladen.
2512

Rahn & Lassar
aus Waiblingen.

Entlaufen
ist mir mein
Schäferhund
(auf d. Namen „Rosa“ gebend)
Vor Kauf wird gewarnt.
Gegen gute Belohnung abzugeben bei
2521
Friedr. Kon, Ebershardt.

Biblische Lesebücher
M. 15.—
wieder vorrätig bei
G. W. Zaiser, Nagold.

Nr. 125
Ein a
Die zuerst
einer tisch of
ausführliche
über den Inha
schluß war
und das wird
den 25. April
lein. Denn d
dem jetzigen
ger, abschließ
in Rostau wa
Abänderunge
diplomatische
tematitischen
net, mit der
inländischen
In der
ein Bündnis
den, es sei
in der Begegn
ten, und in
Beziehung der
wisse hofsch
den tischen
schloß zu habe
Artikel 2 erke
Unabhängigke
zufolge abhan
th. Art. 3 st
hunderte bind
und die Jap
Hinficht die
übernimmt e
Kathoren un
led. milder
sch auf Wun
sorum gesund
In dem
old Erich
Substanzab
Lithographie
nor Technik
rughand die
man zwar b
vielleicht red
denfalls gre
daß man der
Preis
Zu den
beim Proan
weitere Ein
Der Be
Bunde:
1. Bei
mügens soll
der Entwerf
find, herang
Grundbesitz
ternehmungs
sollen 20 n.
2. Bei
folgende B
wollmet
Boplermar
ergeben.
Zuschussp
fragen. Di
wertes dar.
3. Für
auf demselb
daß bei den
auch nicht
werden kon
ten ein Ju

